

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

vor einem Jahr haben wir in Düsseldorf unsere Strategie 18 beschlossen. Die Strategie für eine eigenständige und unabhängige FDP.
18 Prozent sind kein Selbstzweck sondern dienen einem ernsten Ziel.

In Hamburg gelang der FDP am 23. September 2001 mit 5,1% nach achtjähriger außerparlamentarischer Opposition der Wiedereinzug in die Bürgerschaft. In Berlin schaffte die FDP bei den Neuwahlen am 21. Oktober 2001 mit 9,9% das beste Wahlergebnis seit 1954. Und in Sachsen-Anhalt haben wir mit 13,3% sensationell die Rückkehr in den ersten ostdeutschen Landtag geschafft. Vor einem Jahr hatten wir bundesweit 48 Landtagsabgeordnete. In Hamburg, Berlin und Sachsen-Anhalt sind bereits 38 dazugekommen. Mit der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September holen wir den Rest zur Verdopplung.

Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen und Bayern und bei zahlreichen Oberbürgermeisterwahlen konnten wir die Zahl der kommunalen Mandatsträger weiter erhöhen. Beispielsweise hier im Ländle in Pforzheim: 53% für Christel Augenstein. Oder in Dresden: 47% wählten Ingolf Roßberg zum neuen Oberbürgermeister. Insgesamt haben wir bundesweit nun über 5000 liberale kommunale Mandatsträger.

Seit dem letzten Bundesparteitag sind 6384 neue Mitglieder in die FDP eingetreten. Diese Zahl ist seit Gründung der FDP nur einmal, 1990 bei der Deutschen Einheit, übertroffen worden. Die FDP ist die einzige Partei mit einem tatsächlichen Mitgliederzuwachs. Inzwischen ist der Mitgliederbestand der FDP auf 64.600 Mitglieder angewachsen.

Unsere Strategie 18 hat binnen eines Jahres das überholte Lagerdenken wirkungsvoll verändert.

Die Wähler entscheiden heute von Wahl zu Wahl neu, wem sie ihr Vertrauen schenken. In Berlin trennen uns von der CDU weniger als 13%, in Sachsen-Anhalt von der SPD gerade einmal 7%. Und bei den Wählern unter 35 haben wir in Sachsen-Anhalt PDS und SPD schon überholt.

Diese Wahlergebnisse sind ein schöner Erfolg. Sie bringen uns aber auch in ein Stück neue Verantwortung für dieses Land. Und Deutschland braucht dringend eine Partei, die bereit ist für Verantwortung.

Alle gemeinsam, Sie an der Basis, die Kommunalpolitik, die Landesverbände, die Landtagsfraktionen, die Bundestagsfraktion und die Bundespartei haben in diesem einen Jahr viel gearbeitet. Und viel erreicht.

Für den Bundestagswahlkampf haben wir ein hervorragendes Team aus dem Kreis des Präsidiums gebildet. Dieses Team repräsentiert nach außen unsere politische Kompetenz.

Rainer Brüderle vertritt die Wirtschaftspolitik als unbestrittene Kernkompetenz der Freien Demokraten. Wenn es in Deutschland jemanden gibt, der den Ehrentitel „Mister Mittelstand“ verdient hat, ist es Rainer Brüderle.

Jürgen Möllemann hat das zentrale Feld der Innenpolitik und die Gesundheitspolitik übernommen. Die Bedeutung beider Politikfelder für die FDP als Partei für das ganze Volk unterstreichen wir damit, dass die FDP eine ihrer stärksten Persönlichkeiten mit ihnen betraut hat.

Walter Döring koordiniert die Politik der FDP in den Landesparlamenten und in immer mehr Landesregierungen. Er treibt die liberale Föderalismusdiskussion voran und neue Initiativen der FDP zur Reform des föderalen wie subsidiären Staates.

Generalsekretärin Cornelia Pieper hat als Chefin der Programmkommission das Bundestagswahlprogramm entscheidend vorbereitet. Dafür gilt ihr unser besonderer Dank. Außerdem widmet sie ihr besonderes Augenmerk der Bildungspolitik.

Bundesschatzmeister Günter Rexrodt zeichnet über seine Aufgaben im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik für den Bürgerfonds 18/2002 verantwortlich, der so um Spenden wirbt, dass seine Aktionen zugleich selbst Wahlkampf sind.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wird ihren Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Rechts- und Menschenrechtspolitik haben. In diesem Gebiet ist sie gleichermaßen bekannt wie bewährt.

Birgit Homburger bringt in der Umweltpolitik und Verkehrspolitik die Überlegenheit des liberalen Lösungsansatzes überzeugend zum Ausdruck.

Martin Matz stellt die neuen sozialpolitischen Lösungen der FDP heraus, die unter seiner Leitung für den Nürnberger Bundesparteitag vorbereitet wurden.

Hermann Otto Solms bringt seine überragende Kompetenz als unser allgemein anerkannter Steuerexperte zur Wirkung.

Wolfgang Gerhardt wirkt als Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion verstärkt im Bereich der Außen- und Europapolitik für uns Freie Demokraten. Und die FDP-Bundestagsfraktion insgesamt unterstützt uns mit klaren Konzepten und kompetenter Sacharbeit.

Die Jungen Liberalen mit Daniel Bahr an der Spitze sind die am schnellsten wachsende Jugendorganisation Deutschlands. Bewahrt Euch Eure erfrischende Kreativität als Zukunftswerkstatt des Liberalismus in Deutschland.

Wir wollen Deutschland erneuern. Wir haben uns erneuert. Wir haben die Zeit der Opposition genutzt. Jetzt sind wir bereit für Verantwortung.

Wir haben ein mitteleuropäisches Freiheitsverständnis. Nicht die Robinson-Crusoe-Freiheit ist unser Freiheitsverständnis. Für uns ist Freiheit nicht die Freiheit unter Brücken schlafen zu dürfen. Wir wollen keine Freiheit von Verantwortung, sondern die Freiheit zur Verantwortung. In Zeiten der Globalisierung sind persönliche Bindungen wichtiger denn je. In Zeiten der Informationsgesellschaft wird das persönliche Gespräch, die Zuwendung des Menschen zum Mensch, überlebenswichtig.

Es gibt Kernaufgaben des Staates:

Die Gewährleistung der Äußeren Sicherheit.

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit.

Die Wahrung der sozialen Sicherheit.

Die Sicherstellung eines chancengerechten Bildungssystems.

Die Bereitstellung einer angemessenen Verkehrsinfrastruktur für Bürger und Wirtschaft.

Die Wahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt.

Der Staat, der diese Kernaufgaben effizient wahrnimmt, ist ein starker Staat. Für diesen Staat treten wir ein.

Heute ist der Staat ein schwacher Staat, denn in all diesen Kernaufgaben wird lediglich der Mangel verwaltet. Dafür tummelt sich der Staat in Tätigkeitsfeldern, wo er nichts zu suchen hat.

Der Staat, der Steinkohlesubventionen beschließt und gleichzeitig das Bildungssystem verrotten lässt, der ist ein schwacher Staat.

Der Staat, der zulässt, dass sich bei einer Monsterbehörde wie der Bundesanstalt für Arbeit von über 90.000 Mitarbeiter gerade einmal 10 Prozent der Arbeitsvermittlung widmen, das ist ein schwacher Staat.

Wir werden Deutschland modernisieren, indem wir uns wieder auf die Kernaufgaben konzentrieren.

Wir werden dafür sorgen, dass Deutschland eine Gesellschaft bleibt, die offen ist für eine vielfältige Kultur und Kunst, eine Gesellschaft geprägt von innerer Liberalität.

Die in Deutschland lebenden Migranten werden von uns als Bereicherung betrachtet.

Die Möglichkeit, dass in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften Verantwortungsgemeinschaften entstehen, wird von uns ausdrücklich befürwortet. Wenn ein zu Tode erkrankter Mensch in einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft von seinem Partner oder seiner Partnerin bis zum Ende aufopferungsvoll gepflegt wird, ist das ein Gewinn für die Humanität und für unsere Gesellschaft.

1998 wurde die Regierung Kohl von den Menschen in Deutschland abgewählt. Und viele verbanden damit die Hoffnung auf einen Neuanfang für unser Land.

Sie haben es mit Konservativen versucht. Das Ergebnis waren 4 Millionen Arbeitslose durch Aussitzen. Sie haben es 4 Jahre mit Sozialdemokraten versucht. Das Ergebnis sind immer noch 4 Millionen Arbeitslose durch das Prinzip ruhige Hand. Die Körperteile wechseln, der Stillstand bleibt.

Jetzt appellieren wir an Sie, die Wählerinnen und Wähler: Versuchen Sie es dieses Mal mit starken Freien Demokraten. Schenken Sie uns Ihr Vertrauen. Union und SPD werfen jedem neuen Problem einen Paragraphen, eine neue Steuer oder eine Subvention hinterher. Wir brauchen aber nicht mehr bürokratische Staatswirtschaft sondern wieder mehr soziale Marktwirtschaft. Wir brauchen ein neues Denken in der deutschen Politik. Privat kommt vor dem Staat. Was der Staat nicht regeln muss, das soll er auch nicht regeln dürfen. Wir wollen den Staat auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken. Damit den Menschen mehr Netto vom Brutto übrig bleibt. Damit wieder investiert wird und neue Arbeitsplätze entstehen. Unser Programm für Arbeit heißt Steuersenkung.

Seit 1998 liegt das Wachstum in Deutschland jedes Jahr unter dem in der Euro-Zone. Im vergangenen Jahr ist Deutschland mit 0,6% Wirtschaftswachstum sogar auf den letzten Platz in Euroland abgerutscht.

Seit 1998 liegt auch die Beschäftigtenentwicklung in Deutschland unter dem Durchschnitt der Euro-Zone. Und schlimmer noch: Im vergangenen Jahr ist zum ersten Mal die Investitionsquote in Deutschland nicht mehr höher als in Euroland.

Wer in Europa so ans Tabellenende abrutscht, der kann sich nicht mit weltwirtschaftlichen Problemen herausreden. Das Problem in Deutschland ist nicht etwa eine Leistungsschwäche der Menschen. Das Problem in Deutschland ist die Leistungsschwäche der Bundesregierung.

Ich möchte Ihnen dafür gerne ein Beispiel aus einem europäischen Land geben, unseres EU-Partners Irland.

In Irland wurde die Staatsquote in den letzten Jahren von 50% auf 32% gesenkt. In Deutschland liegt sie stabil über 48%. In Irland wuchs die Wirtschaft im Jahr 1999 um 10,8%, in 2000 um 11,5% und 2001 noch um 6,5%. Die Vergleichszahlen für Deutschland: 1,8%, 3,0% und 0,6%. Ein Staat, der sich in zu viele Dinge einmischt, belebt die Wirtschaft nicht, der erstickt sie.

Und die hohe Staatsquote schadet den Menschen: In Irland konnte die Arbeitslosigkeit von 13,4% auf 4,2% gedrückt werden. Und die realen Pro-Kopf-Einkommen stiegen um 3 bis 4%. In Deutschland dagegen stagnieren die Arbeitslosigkeit und die Pro-Kopf-Einkommen.

Mehr Geld in die Lohntüte kommt nicht durch Streiks und Muskelspiele der Funktionäre. Mehr Geld in die Lohntüte kommt durch eine niedrigere Staatsquote, niedrigere Steuern und mehr Beschäftigung. Das ist liberale Arbeitnehmerpolitik.

Rot-Grün ist ein historischer Irrtum.

Es macht keinen Sinn, die Augen länger vor der Wirklichkeit zu verschließen. Die alte Deutschland AG als sozialdemokratisches oder christdemokratisches Verhandlungsmodell zwischen Politik, Unternehmern, Bankern und Gewerkschaftern hat ausgedient. Was für Schröder Holzmann war, ist für Stoiber Kirch.

Wir werden unser Land modernisieren. Wir dürfen Geld nicht länger in die Verhinderung von Veränderung stecken. Wir müssen mit diesem Geld die Veränderung gestalten. In der Bildungspolitik. Am Arbeitsmarkt. In der Steuerpolitik. Dann bestehen wir im internationalen Wettbewerb.

Mit diesem Ziel geht die FDP in die Bundestagswahl. Und wir bringen dies auf eine einfache Formel: Erstklassige Bildung für jeden. Mehr Arbeit. Und mehr Netto für alle.

Pisa hat nur illustriert, was weltweite Arbeitsmärkte längst klar gemacht haben. Auch im Bildungsbereich können wir uns nicht länger hinter nationalen Grenzen verstecken. Schwächen werden schonungslos offen gelegt.

Die FDP ist **die** Bildungspartei in Deutschland. Keine andere Partei hat so umfangreiche und präzise Vorschläge zur Modernisierung und Verbesserung des Bildungswesens.

Bildung ist der entscheidende Rohstoff für die Zukunft unseres Landes. Die PISA-Studie hat gezeigt: Mit diesem Rohstoff ist schlecht umgegangen worden. Bildung ist ein Freiheitsthema. Rot-Grüne Bildungspolitik ist eine besonders subtile Art der Freiheitsberaubung. Sie nimmt jungen Menschen ihr Recht auf die Chancen, sich auch international behaupten zu können. Eltern, Lernende, Lehrkräfte an den Schulen und Hochschulen und Studierende wissen genau: So wie es ist, kann es nicht weitergehen. Bildung ist für Liberale Freiheitsthema und zentrale Staatsaufgabe. Um es ganz deutlich zu sagen: Mit der FDP wird es keine Kürzung der Ausgaben für Bildung und Forschung geben. In Deutschland liegt der Anteil der Bildungsausgaben ohnehin schon niedrig genug bei 5,5%. Der Durchschnitt aller OECD-Länder liegt bei 5,7%. Darüber hinaus wird an privaten Mitteln international fast neunmal soviel für Bildung aufgewendet wie in Deutschland.

Die liberale Leitlinie in der Bildung heißt: Qualität durch mehr Freiheit und weniger Staat. Viele Kultusminister haben gemeint, die Ergebnisse der PISA-Studie hätten sie nicht überrascht. Das ist kein Ansatz zur Selbstkritik, das ist ein Skandal.

Diese Kultusministerkonferenz mit ihrem Einstimmigkeitsprinzip gehört entmachtet. Ihr Arbeitstempo mit dem Gang einer griechischen Landschildkröte zu vergleichen, ist eher schmeichelhaft.

Die Bundesbildungsministerin war vor der Bundestagswahl 1998 eine Schattenministerin und ist es über eine volle Amtszeit geblieben.

Es geht um moderne Bildungseinrichtungen, die sich selbst organisieren, die über die Wege des Erreichens ihrer Ziele selbst entscheiden. Eigenverantwortung heißt, dass die Schulen, die Universitäten, die Kindertagesstätten ihr eigenes Budget haben und ohne die üblichen gigantischen bürokratischen Hürden

selbst passendes Personal auswählen können. Das heißt auch: Weg mit dem Korsett des Beamtenrechtes von den Bildungseinrichtungen.

Wir wollen, dass auf allen Ebenen leistungsgerecht bezahlt werden kann.

Zur Autonomie gehört auch eine wettbewerbsfördernde Finanzierung. Die FDP hat als einzige Partei ein attraktives Konzept dafür: das Konzept des Bildungsgutscheins. Wir wollen, dass die Eltern, die Jugendlichen und Studierenden ernst genommen werden als Bildungskunden. Bessere Qualität entsteht durch mehr Wettbewerb um diese Kunden. Die ZVS, diesen bürokratischen Verteilungsapparat brauchen wir nicht mehr, sie muss endlich abgeschafft werden.

Bildung ist mehr als nur eine Finanzfrage. Erfurt hat es uns allen erschreckend deutlich gemacht. Wachsender Werte- und Orientierungsverlust ist gerade auch für Liberale ein alarmierendes Zeichen.

Wir müssen aufhören, die falschen Gegensätze zu konstruieren. Respekt, Aufmerksamkeit und Höflichkeit gegenüber anderen sind nicht das Gegenteil von Selbstbewusstsein. Fleiß und Disziplin nicht das Gegenteil von Kreativität, Spontaneität und Ideenreichtum. Es ist schon merkwürdig, wenn ein schnörkelloser Lebenslauf ohne sogenannte Brüche eher misstrauisch und mitleidig belächelt wird.

Wer nicht wenigstens einmal Steine auf Polizisten geworfen hat, gilt als langweilig. Wer noch nie Gras geraucht hat, gilt als spießig. Wer nicht mindestens einmal im Geschäft geklaut hat, gilt als Feigling.

So eine Lebenseinstellung finden wir nicht spaßig. Unsere Sichtweise ist anders. Fleiß, Disziplin, Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sind keine Sekundärtugenden. Sie halten die moderne Gesellschaft zusammen.

Die Politik muss mit Tiefgang auf eine Katastrophe wie Erfurt antworten. Die schnellen Antworten sind die falschen.

Ein Paragraf neu, eine Altersgrenze nach oben, zwei Videospiele verboten. Das mag alles richtig sein, aber es ist nicht ausreichend. Andere Fragen sind wichtiger. Was hält unsere Gesellschaft in diesen Zeiten zusammen. Wie fangen wir junge Menschen auf, wenn sie einmal scheitern. Was ist das eigentlich für ein Verständnis von Familie, wenn der volljährige Schüler von der Schule fliegt, die Eltern aber nicht informiert werden dürfen.

Heute wird gerne auf die Jugend geschimpft. Sie sei wertevergessen, sagen manche.

„Diese Jugend ist ohne Zweifel unerträglich rücksichtslos und altklug. Als ich noch jung war, lehrte man uns gutes Benehmen und Respekt vor den Eltern. Aber die Jugend von heute will alles besser wissen.“ Das Zitat ist nicht von heute, es stammt von Hesiod und ist 2700 Jahre alt.

Wir sehen das anders, wir brechen eine Lanze für unsere Jugend, die nicht besser, aber auch nicht schlechter ist als die Generationen zuvor.

Wie wollen wir aber junge Menschen zum Mittun gewinnen, wenn Politiker daherkommen als hätten sie gerade in eine Zitrone gebissen und könnten vor lauter Staatstragen gar nicht mehr laufen. Man hat den Eindruck, dass sie wie der selige Atlas ununterbrochen die ganze Weltkugel stemmen müssen. Denen möchte man gern sagen: Mensch, leg doch die Kugel mal eine Weile beiseite und geh Rad fahren. Politik soll Freude und auch Spaß machen.

Eine Jugend, in der sich so viele junge Menschen jedes Jahr für ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr bewerben, dass nicht genügend Plätze zur Verfügung stehen, ist nicht wertevergessen.

Eine Jugend, die Zivilcourage beweist, wie die 18jährige, die mutig die Vergewaltigung ihrer Freundin verhinderte, ist nicht wertevergessen.

Eine Jugend, in der Tugenden wie Ordnung, Anstand und Pünktlichkeit wieder eine wachsende Rolle spielen; ist nicht wertevergessen. Weil die jungen Leute Werte und Modernität in gleichem Maße schätzen, kommen sie auch in so großer Zahl zur FDP.

Für die FDP umfasst Bildung den ganzen Menschen. Die Vermittlung von Werten und Normen muss den gleichen Rang wie die Vermittlung von Wissen und Können bekommen. Schule muss ein Ort sein, an dem Kinder sich wohl fühlen können, an dem emotionale Bildung ebenso stattfindet wie die Heranbildung der Leistungsbereitschaft. Erziehung muss wieder in den Mittelpunkt rücken. Es kann aber nicht sein, dass wir den Schulen und Kindergärten die ganze Verantwortung für die Erziehung zuschieben. Primär werden unsere Kinder an einem anderen Ort geprägt: in der Familie.

Deshalb spielt für uns Familienpolitik in diesem Wahlkampf eine zentrale Rolle. Familien sind für uns nicht Wählergemeinschaften, die es zu gewinnen gilt. Familien sind für uns Verantwortungsgemeinschaften, in denen Menschen Bindungen eingehen und füreinander einstehen. Ohne Kinder keine Zukunft. Deshalb wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass wieder mehr junge Menschen sich für Familien entscheiden können. Durch eine bessere Vereinbarkeit von Kindern und Beruf, durch steuerliche Entlastungen für Familien, durch bessere Schulen.

Die Eltern haben die wichtigste Rolle bei der Erziehung, aber sie brauchen dabei endlich vernünftige Hilfen. Die FDP will ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen. Nicht als Halbtagschule mit Suppenküchen. Sondern mit Förderangeboten für die Schwächeren, aber auch für die Hochbegabten. Mit anregenden Arbeitsgemeinschaften, mit Chancen der Entwicklung für Kreativität, Musikalität und Sport. Und wir wollen, dass sich diese Schulen in dem vorhandenen Angebot von Sportvereinen, von Musikschulen, von Kirchen und kommunalen Einrichtungen so gut wie möglich vernetzen.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde: Sie spüren, wie sehr mir die Bildung am Herzen liegt. Gemeinsam mit Ihnen möchte ich alles dafür tun, dass wir durch mehr und bessere Bildung die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen sichern. Und wer eine gute Ausbildung bekommen hat, für den wollen wir einen Arbeitsmarkt, auf dem er Chancen hat. Deswegen konzentrieren wir uns wirt-

schaftspolitisch auf eine echte deutsche Erfolgsstory: Die Soziale Marktwirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Erfolgsgeschichte. Das wird heute leider oft vergessen. Stattdessen wird die Soziale Marktwirtschaft häufig für die wirtschaftlichen und vor allem die sozialen Probleme unserer Zeit verantwortlich gemacht. Viele reden als Antwort auf digitale Revolution und Globalisierung einer „neuen“ Sozialen Marktwirtschaft das Wort. Damit aber schaden sie dem Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft. Denn sie erwecken den Eindruck, die Soziale Marktwirtschaft sei zur Lösung der aktuellen Probleme nicht geeignet.

Die Diskussion über die „neue Soziale Marktwirtschaft“ innerhalb der Unionsparteien ist aber nur Ausdruck der ordnungs- und wirtschaftspolitischen Ratlosigkeit der CDU/CSU. Was das Programm nicht hergibt, soll ein neuer Markenname erreichen. Damit erweist man der Sozialen Marktwirtschaft einen Bärendienst. Nicht eine „neue Soziale Marktwirtschaft“ ist die Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart. Die Antwort sind die glasklaren Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Wir sind die Erben Ludwig Erhards.

Die Kritik an der Marktwirtschaft beruht auf einem fundamentalen Missverständnis: Soziale Marktwirtschaft wird in Deutschland gerne verstanden als “Marktwirtschaft plus umfassende Sozialpolitik”. Daher wird die bürokratische Staatswirtschaft von heute oft mit der Sozialen Marktwirtschaft identifiziert.

Staatswirtschaft reduziert Wohlstand. Marktwirtschaft schafft Wohlstand. In Wahrheit ist das Soziale vor allem das Ergebnis einer funktionierenden Marktwirtschaft, nämlich „Wohlstand für alle“.

Es ist der Wohlfahrtsstaat, der in die Krise geraten ist. Die Antwort auf die Probleme der Gegenwart ist daher nicht mehr Staat, sondern mehr Soziale Marktwirtschaft. Wir haben heute nicht zuviel Soziale Marktwirtschaft, sondern zuwenig marktwirtschaftliche Ordnungspolitik. Was hier noch an ordnungspolitischer Gestaltung zu leisten ist, zeigt besonders deutlich jeder Blick auf die Verfassung des deutschen Steuer- und Sozialsystems.

Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur ein wirtschaftliches Erfolgsmodell. Sie verbindet die Chance des Einzelnen, seine Situation zu verbessern, mit dem Nutzen für die Gesellschaft. Sie ermöglicht die Freiheit des Einzelnen in Verbindung mit dem Gemeinwohl. Sie ist nicht nur wirtschaftlich erfolgreicher, sondern auch ethisch und moralisch der bürokratischen Staatswirtschaft überlegen.

Wir wollen den Staat auf seine hoheitlichen Kernfunktionen konzentrieren, weil diese auch ohne Überlastung der Bürger finanzierbar sind.

Wir wollen die Sozialbeiträge senken, um die Spielräume für die eigene Vorsorge zu erhöhen.

Wir wollen dem Einzelnen überlassen, wie er sein Arbeitsverhältnis gestaltet, statt ihn durch zentrale Tarifverträge zu gängeln.

Wir wollen keine Steuerreform. Wir wollen ein neues Steuerrecht!

Die Steuereinnahmen des Staates werden in den nächsten Jahren auf 500 Mrd. € steigen. Das waren einmal 1 Billion DM. Muss es da nicht möglich sein, eine Entlastung von 33 Mrd. € den Bürgern zurückzugeben, wie wir es vorschlagen? Wir akzeptieren nicht das Totschlagsargument der "Gegenfinanzierung". Damit ist doch nur Umverteilung gemeint. Wir wollen die Bürger entlasten.

In den Jahren 1986, 1988 und 1990 wurden von der FDP die Steuer in Deutschland gesenkt. In drei Schritten um 10,9 Mrd., 13,7 Mrd. und 39 Mrd. DM. Bei den rot-grünen Rechenschleibern würde jetzt das Drohwort Steuerausfall auftauchen. Das Gegenteil war der Fall: Das Steueraufkommen in Deutschland ist in der gleichen Zeit um 115 Mrd. DM gestiegen.

Und die Union? In ihrem Wahlprogramm ist von großer Steuerreform die Rede, von Einfachheit und Transparenz, von mittelfristig, von schrittweise, mit anderen Worten alles ziemlich vage, alle Kanten weg. Wäre die Union ein Autoreifen, würde der TÜV ihr mangels Profil die Zulassung verweigern.

In Deutschland gibt es ein sozialdemokratisches Verständnis von Steuerpolitik und einen freiheitlichen Ansatz für Steuersenkung. SPD und CDU vertrauen nach wie vor dem Staat und nicht auf die Bürger. Wer auf den Staat und nicht auf die Bürger vertraut, der glaubt auch an die Notwendigkeit von hohen Steuern. Wer, wie die FDP, die Menschen selbst darüber entscheiden lassen will, wie und für was sie ihr Geld ausgeben wollen, der kann nur auf Steuersenkungspolitik setzen. Deshalb ist klar: Steuersenkung in Deutschland muss zur Daueraufgabe werden.

Wir haben ein ausformuliertes Konzept vorgelegt, das nicht nur Ziele nennt, sondern Fakten enthält. Ein Drei-Stufentarif mit 15%, 25% und 35%. Niedrige Steuersätze, einfache Regeln, Gerechtigkeit für alle. Wir reden nicht, wir deuten nichts an, wir handeln!

Wir wollen, dass alle gleich behandelt werden, egal ob Unternehmer oder Arbeitnehmer, ob Vermieter oder Landwirt, alle sollen gleich besteuert werden. Niedrige Steuern, einfache Regeln, nur das ist gerecht.

Apropos gerecht. Steuerpolitik ist für uns eben auch ein zentrales Element von Familienpolitik. Die Union verspricht ein Familiengeld – unter Finanzierungsvorbehalt. Rot-Grün erhöht das Kindergeld, indem Sie den Bürgern mit Steuererhöhungen an anderer Stelle das Geld aus der Tasche zieht. Wir gehen den direkten Weg: Unser Steuermodell sieht ein steuerfreies Existenzminimum von 7.500 Euro für jeden Menschen vor. Wir machen Kinder steuerrechtlich zu Erwachsenen. Konkret: Das Ehepaar mit zwei Kindern hat 30.000 Euro steuerfrei, bevor der Finanzminister zugreift. Das ist einfach, das ist niedrig, das ist gerecht.

Die FDP wird die Kontinuität liberaler Außenpolitik, die mit den Namen und Erfolgen von Walter Scheel, Hans Dietrich Genscher und Klaus Kinkel verbunden sind, wieder aufnehmen.

Wir werden wieder eine interessengeleitete und werteorientierte Außenpolitik machen.

In der auswärtigen Kulturpolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird gekürzt.

Der Verteidigungsminister agiert eigentlich nur noch als Selbstverteidigungsminister. Die Bundeswehr als wichtiges – wenn auch nicht einziges – Instrument der Sicherheitspolitik wird kurz- und kleingespart, und auch noch in ihrem Ansehen beschädigt. Das haben unsere Soldatinnen und Soldaten nicht verdient, die in gefährvollen Einsätzen für Frieden und Freiheit stehen. Deswegen werden wir das ändern.

Für den Nahost-Konflikt gilt, dass kein Widerstandsrecht der Welt dazu legitimiert, Selbstmörder zu rekrutieren und Unschuldige mit in den Tod zu reißen.

Die FDP appelliert daher an Jassir Arafat und die palästinensische Führung, den Terror zu stoppen. Terroristen und Drahtzieher gehören unverzüglich vor Gericht und dann eingesperrt.

Wir appellieren gleichermaßen an den israelischen Ministerpräsidenten Scharon und seine Regierung, alles in ihrer Macht stehende zu tun, den Weg für eine friedliche Lösung des Konfliktes frei zu machen.

Israel hat das Recht auf eine gesicherte Existenz. Die Palästinenser haben auch das Recht in einem eigenen lebensfähigen und demokratischen Staatsverband zu leben.

Wir sind Freunde Israels. Doch auch und gerade unter Freunden sind offene Worte möglich und nötig, wenn es Grund für Kritik gibt. Dies ist integraler Bestandteil unserer politischen und historischen Verantwortung.

Deutschland steht vor grundlegenden Veränderungen. Nur in einem Bereich scheinen das manche nicht zu glauben: Im Parteiensystem.

Gerade das deutsche Parteiensystem braucht eine wirksame Erneuerung, um die Menschen wieder für Politik zu begeistern. Und das ist die FDP. Begeisterung, Freude und - ja - auch Spaß an der Politik braucht unser Land. Wo steht geschrieben, dass Politik ein Geschäft würdiger, älterer Damen und Herren ist, die zum Lachen in den Keller gehen?

Natürlich haben wir ernste Probleme, die nicht mit der „Hoppla, jetzt machen wir mal ein bisschen Politik“-Methode gelöst werden können.

Die Aufgabe ist ernst. Aber der Weg zur Lösung darf Spaß machen.

Wir halten Kurs auf die 18. Wir haben an diesem Wochenende das konkreteste Programm aller deutschen Parteien beschlossen.

Wir geben klare Antworten aus der Mitte. Die anderen umkreisen mit unklaren Antworten die Mitte, ohne sie wirklich zu erreichen. Das ist der Unterschied.

Wir brauchen uns vor keinem unserer Wettbewerber zu verstecken. Und wir haben eine wichtige Rolle.

Lange Zeit war die Stabilität des deutschen Parteiensystems Garant dafür, dass populistische Parteien keine Chance hatten. Doch dass diese Stabilität trügerisch werden kann, zeigen Ergebnisse in unseren europäischen Nachbarländern. In Dänemark, wo die dänische Volkspartei mit 12% und einem rechtspopulistischen Kurs Erfolg hatte. In Norwegen, wo eine fremdenfeindliche Partei auf 14,6% kommt. Oder in Frankreich, wo der Kandidat des rechtsextremen Front National es gar bis in die Stichwahl um die Präsidentschaft geschafft hat. Nicht die Menschen haben dort versagt. Die demokratischen Parteien haben versagt. Auch Deutschland ist vor solchen Entwicklungen nicht sicher. Deutschland braucht eine demokratische Antwort auf die wachsende Unzufriedenheit seiner Bürger.

Die anderen Parteien haben immer noch nicht begriffen, dass die Bürger sich nicht länger gängeln lassen wollen. Im Wahlprogramm der SPD findet sich der schöne Satz: „Entscheidungen treffen für eine humane Gesellschaft. Das kann nur der Staat.“ Falsch, liebe Sozialdemokraten. Die Entmündigung der Bürger durch den Staat hat diese Gesellschaft inhumaner gemacht.

Wer nicht will, dass die Menschen sich nach den Affären von CDU und SPD enttäuscht von der Politik abwenden, der muss ihnen eine Alternative anbieten. Die Alternative in Deutschland kommt aus dem bestehenden Parteiensystem. Sie heißt FDP. Die FDP ist die Bewegung, die die deutsche Politik aus dem Stillstand und der Unzufriedenheit löst. Auch dafür steht das Projekt 18.

Deutschland braucht keine obskuren Populisten. Deutschland braucht eine starke FDP. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat es unter Beweis gestellt. Eine starke FDP macht stabile Mehrheiten möglich und verhindert, dass Irrlichter Einfluss auf die deutsche Politik bekommen.

Deswegen wird dieser Bundestagswahlkampf auch ein Wahlkampf sein, der sich an die Enttäuschten, an die Nichtwähler richtet. Wir kämpfen um jeden, der zuhause bleiben will. Wir wenden uns an die, die von Politik mehr erwarten, als die Verwaltung des Bestehenden. Der Liberalismus ist entstanden als Antwort auf den Problemdruck eines autoritären Staatssystems. Und die neue Stärke der Liberalen entsteht aus dem Problemdruck eines verknöcherten staatsgläubigen Systems. Wer eine andere Politik will, der muss auch etwas anderes wählen. Wir sind die einzige Alternative zu SPD und CDU. So werden wir in diesem Wahlkampf auch auftreten. Dann gewinnen wir Menschen für die Demokratie zurück und verhindern den Erfolg der Parteien, die von uns keiner im Parlament oder in der Regierung sehen will. Und dann erreichen wir unser Ziel 18%.

Die FDP wird als unabhängige und eigenständige politische Kraft auch die Auseinandersetzung um das Direktmandat in den Wahlkreisen suchen. Unsere Kandidaten gehen auf gleicher Augenhöhe mit den politischen Wettbewerbern in diesen Wahlkampf. Und in vielen Wahlkreisen sind die Erfolgsaussichten beträchtlich.

Und – bei aller gebotenen Bescheidenheit – auch in meinem eigenen Wahlkreis in Bonn werde ich einen Wahlkampf um das Direktmandat führen und den Bürgerinnen und Bürgern eine echte Alternative bieten, damit ihre Stadt – meine Heimatstadt Bonn – auf Bundesebene angemessen und gestützt auf das Direktmandat auch mit Nachdruck vertreten werden kann.

Es folgen weitere Ausführungen.